

Auflistung der noch offenen Anfragen und Anträge aus Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gemäß beschlossenen Antrag der FDP-Fraktion (VL-7/2021) aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.05.2021:

Für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis dato sind noch folgende offenen Anfragen und Anträge zu verzeichnen:

a) Offene Anfragen

- Umsetzung des Organisationsgutachtens für den Bau- und Servicehof, nachgefragt durch Herrn Marcel Schlosser in der Sitzung am 25.06.2020 bezüglich der Einrichtung eines Bauhof-Programmes;

Stand am 05.12.2022:

Das Bauhof-Programm wurde aufgrund der aktuell nicht besetzten Stellen noch nicht ausgewählt.

- Bezüglich des Projektes KOMPASS erkundigte sich Herr Julian Sann in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2021, ob bereits ein Vertreter des Polizeipräsidiums für eine der nächsten Sitzungsrounden eingeladen worden sei.

Stand am 05.12.2022:

Hierzu wird noch die Besetzung für die ausgeschriebene Stelle des stellvertretenden Fachbereichsleiters im Fachbereich III abgewartet, da diese Person dann auch das Projekt KOMPASS betreuen soll.

- Bezüglich der Hochwasserprävention wies Herr Julian Sann in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.12.2021 auf eine schriftliche Anfrage seiner Fraktion vom 01.12.2021 an die Stadt Grünberg hin und bat um entsprechende Beantwortung. Herr Bürgermeister Frank Ide verlas seinerzeit die schriftliche Anfrage und beantwortete diese mit den ihm selbst derzeit bekannten Zahlen, Daten und Fakten. Er sicherte jedoch auch die weitere Recherche in Zusammenarbeit mit den örtlichen Feuerwehren zu.

Stand am 05.12.2022:

Bis dato wurde aufgrund der derzeit knappen personellen Besetzung des Ordnungsamtes noch kein Gespräch mit den örtlichen Feuerwehren geführt.

Hinsichtlich möglicher Hochwasserschutzmaßnahmen im Stadtteil Göbelnrod wurde jedoch bereits ein Ingenieurbüro mit entsprechender Prüfung beauftragt.

Zwischenzeitlich hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) mit Mailnachricht vom 16.08.2022 alle hessischen Kommunen über die Möglichkeit der Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes nach § 99a Wasserhaushaltsgesetz (WHG) informiert und diese gebeten, mögliche Grundstücke für Maßnahmen des Hochwasserschutzes unter Angabe von Gemarkungsnamen, Flurnummer, Flurstücks-Zähler und Flurstücks-

Nenner zu benennen. Zusätzlich soll angegeben werden, für welche Art von Hochwasserschutzmaßnahme (z.B. Bau von Hochwasser-Rückhaltebecken) die betreffenden Grundstücke herangezogen werden sollen. Sollte es dann zur Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes kommen, übt die Obere Wasserbehörde das Vorkaufsrecht zugunsten des Landes oder auf Antrag zugunsten der Kommunen bzw. der von ihnen gebildeten Verbände aus. Im letztgenannten Fall wird das Land Hessen nicht selbst Eigentümer des Grundstücks.

- Herr Julian Sann stellte in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.07.2022 die Frage, wann denn mit dem Beginn der baulichen Umgestaltung des „ALBIZ“ in der Barfußergasse in Grünberg zu rechnen sei. Herr Bürgermeister Marcel Schlosser informierte über einen Begehungstermin mit dem Architekten, einer Vertreterin der Denkmalschutzbehörde sowie Herrn Kreisbeigeordneten Zuckermann am 23.05.2022. Zudem habe ein Gesprächstermin mit der Landrätin Anita Schneider am 09.06.2022 stattgefunden mit dem Ziel, dass **alle erforderlichen Anträge für das Vorhaben bis spätestens zum Beginn der Sommerferien gestellt** werden.

Stand am 05.12.2022:

Im Rahmen eines Vor-Ort-Termines mit Herrn Staatssekretär Jens Deutschendorf vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, sowie Frau Landrätin Anita Schneider am Freitag, den 02.09.2022, wurde der Stand des Projektes und die Zeitplanung für die anstehenden Sanierungsarbeiten für das älteste Gebäude Grünbergs erörtert. Die zur Sanierung erforderlichen Anträge wurden bis dato gestellt, so dass mit den Sanierungsarbeiten auch zügig begonnen werden kann.

b) Offene Anträge

- Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von jährlich 10.000 € für aktive ehrenamtliche Mitglieder der Feuerwehren der Stadt Grünberg, in der Sitzung am 08.07.2021 von der antragstellenden Fraktion zwar zurückgezogen, dieser bleibt laut Niederschrift zur Sitzung aber im Geschäftsgang und wird dem SBI übergeben.

Stand am 05.12.2022:

Die Angelegenheit befindet sich noch im Geschäftsgang. Diese ist bereits intern besprochen worden und man einigte sich. Das Ergebnis wird noch schriftlich der Verwaltung und dem Feuerwehrbeirat vorgelegt.

- Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 09.06.2021 betreffend Auflistung der Ausgleichs- und Kompensationsflächen auf dem Gebiet der Stadt Grünberg ab dem Jahr 2011 bis Ende Oktober 2021.

Stand am 05.12.2022:

Die Bearbeitung des Antrages erfolgt derzeit in Kooperation mit der Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V. Da sowohl Frau Moser (Rente) vom Landschaftspflegeverein, als auch Frau Schweda (Stellenwechsel) nicht mehr im Dienst sind, wurde bei Herrn Zech (Nachfolger v. Fr. Moser) bezüglich eines Zwischenergebnisses angefragt. Es erfolgte noch keine Rückmeldung.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2022 zur Ermöglichung von Reihenrasengrabstätten in Grünberg.

Stand am 05.12.2022:

Der Antrag wird derzeit vom Leiter des Bau- und Servicehofes, Herrn Eckard Feldbusch, und der Friedhofssachbearbeiterin, Frau Pauline Bahr, geprüft. Auch hier soll die für das Ordnungsamt angedachte Besetzung einer weiteren Stelle entsprechenden Freiraum für die Erfüllung der Aufgabenstellung schaffen.

- Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 14.02.2022 zum Erhalt landwirtschaftlicher Flächen – Ausbau der Photovoltaiktechnik in Grünberg.

Stand am 05.12.2022:

Der Antrag ruht derzeit aufgrund knapper personeller Ressourcen bis zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers/einer Klimaschutzmanagerin. Bis dato konnte auch noch kein/e Referent/in mit Spezialwissen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Photovoltaiktechnik gefunden werden. Klarstellend kann aber bereits angemerkt werden, dass für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Photovoltaiktechnik seitens der Stadtverordnetenversammlung in jedem Fall entsprechende Bebauungspläne aufgestellt bzw. beschlossen werden müssen.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2022, in geänderter Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.07.2022: Der Magistrat wird beauftragt, die Einführung einer kostenlosen wöchentlich erscheinenden Heimatzeitung, die an alle Haushalte verteilt werden kann, zu prüfen. Hierzu sind vom Magistrat Angebote bezüglich des Drucks, des Vertriebs sowie einer digitalen Version einer Heimat-Zeitung einzuholen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Stand am 05.12.2022:

Zurzeit liegen zwei Angebote von Druckbetrieben vor, die allerdings entweder erheblichen personellen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen oder betragsmäßig in

einer Höhe liegen, die eine Mittelanmeldung für den Entwurf des Haushaltsplanes 2023 nicht zulassen. Es werden weitere Alternativen geprüft.

- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2022, in geänderter Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.07.2022: Der Magistrat der Stadt Grünberg wird beauftragt unter Bezug auf die Fahrradabstellplatzverordnung des Landes Hessen an allen neu zu errichtenden städtischen Gebäuden und Parkplätzen sichere Fahrradstellplätze anzuordnen. Bei allen bestehenden städtischen Liegenschaften und Bushaltestellen ist zu überprüfen, ob sichere Fahrradstellplätze vorhanden sind und gegebenenfalls sind diese neu anzuordnen.

Stand am 05.12.2022:

Die Ortsbeiräte wurden über den Inhalt dieses Antrages informiert und gebeten, der Stadtverwaltung entsprechend geeignete Aufstellflächen zu benennen. Bis dato liegen allerdings noch keine vollständigen Rückmeldungen aller Ortsbeiräte vor.

- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.08.2022 betreffend Erlass einer Sondernutzungssatzung.

Stand am 05.12.2022:

Die Bearbeitung dieses Antrages ist aufgrund der personell angespannten Situation im Ordnungsamtsbereich derzeit nur zeitverzögert möglich. Eine entsprechende Vorlage zum Erlass einer Sondernutzungssatzung ist deshalb voraussichtlich erst im Jahr 2023 zu erwarten.

- FDP-Antrag, Errichtung von überdachten Parkplätzen mit PV-E-Ladesäule vom 10.11.2022.

Stand am 05.12.2022:

Die Bearbeitung des Antrages wurde noch nicht begonnen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.12.2022

gez.
Marcel Schlosser
Bürgermeister